

## Am Pranger

Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein und das Saarland müssen bis Oktober einen Sanierungsplan vorlegen. So will es der Stabilitätsrat. Er überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse.

Haben diese Länder in der Vergangenheit das Geld mit vollen Händen herausgeworfen? Wollten einfach nicht sparen? Tatsache ist: Bund, Länder und Gemeinden fahren schon seit Jahren einen Schrumpfkurs. Öffentliches Personal wurde massiv abgebaut, Investitionen gestrichen, Gebühren erhöht...

Dennoch sind die Schulden gestiegen. Üppige Steuergeschenke haben die öffentlichen Kassen ausbluten lassen. In den letzten zehn Jahren hatten die Bun-

desländer Einnahmeverluste von über 160 Milliarden Euro. Länder, die nicht rabiat genug kürzen oder Strukturprobleme haben, stehen nun am Pranger.

„Sanierungsplan“ und „Haushalte in Ordnung bringen“ heißt nichts anderes als erneutes Kürzen und Streichen. Leidtragende wären wieder die Schwächsten.

Erst Kassen plündern und anschließend mit einer Schuldenbremse Kürzungen zwangsverordnen – das ist die politische Logik der letzten Jahre. Die Einnahmen müssen endlich wieder erhöht werden. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften gehören ganz oben auf die Tagesordnung.

